

Geschäftsverteilungsplan des Bundesverwaltungsgerichts für das Geschäftsjahr 1971

A. Geschäftsverteilung

I. Revisionssenate

Es sind zugewiesen dem

I. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Wirtschaftsverwaltungsrechts, soweit nicht der VII. Senat zuständig ist
2. des Landwirtschaftsrechts
3. des Rechts der freien Berufe einschließlich der Fahrlehrer
4. des Gesundheitsverwaltungsrechts
5. des Staatsangehörigkeits- und Ausländerrechts
6. des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften
7. des Ordnungsrechts einschließlich des Vereins-, Versammlungsrechts und des Presserechts, mit Ausnahme
 - a) des Namensrechts (VII. Senat) und
 - b) der mit den Rechtsgebieten des IV. Senats zusammenhängenden Streitigkeiten

II. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus dem Gebiet des Rechts des öffentlichen Dienstes ausschließlich der Wiedergutmachung (Anfangsbuchstaben A bis K), soweit nicht der VIII. Senat zuständig ist

III. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus dem Gebiet

1. des Lastenausgleichsrechts einschließlich der Schadensfeststellungen, soweit nicht der V. Senat zuständig ist
2. des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin, soweit es sich um Einrichtungshilfe handelt
3. des Reparationsschädengesetzes (vom 12. Februar 1969 — Bundesgesetzbl. I S. 105), soweit nicht der V. Senat zuständig ist

IV. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Bau- und Bodenrechts
2. des Flurbereinigungsrechts und des ländlichen Grundstücksverkehrs
3. des Straßen- und Wegerechts einschließlich des Garagenrechts und des Gemeingebrauchs
4. des Kleingartenrechts
5. des Wasser- und Deichrechts einschließlich des Baues von Wasserstraßen und des Wasserverbandsrechts
6. des Ordnungsrechts, soweit es mit den vorstehenden Rechtsgebieten zusammenhängt

V. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Fürsorgerechts
2. der Kriegsofopferfürsorge
3. der Ausbildungsförderung
4. des Schwerbeschädigtenrechts
5. des Mutterschutzrechts
6. des Jugendwohlfahrt- und Jugendschutzrechts, ausgenommen das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (I. Senat)
7. des Heimkehrer- und Kriegsgefangenenentschädigungsrechts

8. des Besetzungsschadenrechts

9. des Währungsausgleichsrechts und des Altspargergesetzes

10. des Lastenausgleichsrechts einschließlich Schadensfeststellungen, soweit sie allein die Gewährung oder Entziehung (Rücknahme, Widerruf, Verrechnung) von Kriegsschadenrente, Eingliederungsdarlehen, Wohnraumhilfe und sonstige Förderungsmaßnahmen betreffen, sowie Ausschließung von der Schadensfeststellung und von Ausgleichsleistungen

11. des Gesetzes über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin, soweit es sich um Beihilfe zum Lebensunterhalt und um Eingliederungsdarlehen handelt

12. des Reparationsschädengesetzes, soweit sie Kriegsschadenrente und Aufbaudarlehen betreffen (sonst III. Senat)

13. des Allgemeinen Kriegsfolgesgesetzes

14. des Sachleistungsrechts

VI. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus dem Gebiet des Rechts des öffentlichen Dienstes ausschließlich der Wiedergutmachung (Anfangsbuchstaben L bis Z), soweit nicht der VIII. Senat zuständig ist

VII. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Wirtschaftsverwaltungsrechts, und zwar

- a) des Rechts der Verkehrswirtschaft

- b) des Rechts des Außenhandels

- c) des Rechts des Interzonenhandels

- d) des Rechts der Ernährungswirtschaft, mit Ausnahme der Streitsachen aus dem Milch- und Fettgesetz (I. Senat)

- e) des Preisrechts, mit Ausnahme des Mietpreisrechts (VIII. Senat)

2. des Straßenverkehrsrechts, mit Ausnahme der Fahrlehrer (I. Senat)

3. des Postrechts

4. des Namensrechts

5. des Schul- und Hochschulrechts

6. des Personalvertretungsrechts

7. des Kommunalrechts

8. des Abgabenrechts, soweit nicht ein Sachzusammenhang mit einem Rechtsgebiet besteht, für das ein anderer Senat zuständig ist

9. des Wiedergutmachungsrechts, soweit nicht der VIII. Senat zuständig ist

10. des Prüfungsrechts, abgesehen von Laufbahnprüfungen für Beamte, aber einschließlich der ersten und zweiten juristischen Staatsprüfung

ferner

11. die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden, die nicht einem anderen Senat zugewiesen sind.

VIII. Senat

die Entscheidungen über Klagen, Revisionen und Beschwerden aus den Gebieten

1. des Wehrpflichtrechts

2. des Dienstrechts, des Besoldungsrechts und des Versorgungsrechts der Soldaten, der Ersatzdienstpflichtigen und der Angehörigen des Zivilschutzkorps

3. des Wiedergutmachungsrechts für Angehörige des öffentlichen Dienstes

4. des Rechts der Vertriebenen, der Sowjetzonenflüchtlinge und der politischen Häftlinge
5. des Rechts der Förderung des Wohnungsbaues, des sonstigen Wohnungs- und des Mietpreissrechts einschließlich des Wohngeldes.

Schlußbestimmungen

1. Soweit sich die Verteilung der Geschäfte nach dem Anfangsbuchstaben richtet, ist der Name des Klägers — bei mehreren Klägern des in der Klageschrift an erster Stelle Genannten, bei Klagen von Erbengemeinschaften der Name des Erblassers, wenn er genannt ist — maßgebend.

Im einzelnen ist maßgebend:

A. bei Klagen physischer Personen:

der Anfangsbuchstabe des Familiennamens. Dabei gelten die zum Namen gehörenden früheren deutschen und entsprechenden ausländischen Adelsbezeichnungen im Sinne der Geschäftsverteilung nicht als Teil des Familiennamens;

B. bei Klagen von Firmen, Gesellschaften, Vereinen, Anstalten und anderen juristischen Personen:

- a) der Anfangsbuchstabe des ersten, in der Firma usw. enthaltenen Familiennamens, gleichviel, ob er als Hauptwort, Eigenschaftswort oder Bestandteil eines zusammengesetzten Wortes erscheint;
- b) beim Fehlen eines derartigen Familiennamens der Anfangsbuchstabe des ersten Hauptwortes der Firma usw.; Phantasiebezeichnungen und schlagwortartige Abkürzungen gelten auch dann als Hauptwörter, wenn sie keine zusammengezogenen Bestandteile von Hauptwörtern enthalten;
- c) beim Fehlen auch eines Hauptwortes der Anfangsbuchstabe des ersten Wortes.

In den Fällen zu b) und c) bleiben jedoch folgende Worte und ähnliche korporative Sammelbezeichnungen — sofern sie nicht als Bestandteil eines zusammengesetzten Wortes gebraucht sind — außer Betracht:

Aktiengesellschaft, Anstalt, Bank, Baugenossenschaft, Baugesellschaft, Bauverein, Direktion, Fabrik, Firma, Gemeinde, Gesellschaft, Genossenschaft, Gewerkschaft, Grube, Grundstücks-, Handels-, Kommanditgesellschaft, Korporation, Stiftung, Verband, Verein, Vereinigung, Zeche, Zentrale;

C. bei Klagen

- a) eines Konkursverwalters: der Name des Gemeinschuldners;
- b) eines Zwangsverwalters oder Treuhänders: der Name des Schuldners bzw. des Betreuten;
- c) eines Nachlassverwalters, Nachlasspflegers oder Testamentsvollstreckers: der Name des Erblassers.

D. Werden nebeneinander eine Firma und ihre Inhaber oder eine Gesellschaft und ihre Gesellschafter als Kläger genannt, so ist nur die Firma (Gesellschaft) maßgebend.

2. Soweit sich die Geschäftsverteilung nach Anfangsbuchstaben richtet, sind an einem Tag eingehende Streitsachen in alphabetischer Reihenfolge, geordnet nach dem Namen des Klägers, einzutragen.
3. Gelangt eine Revisionssache erneut an das Bundesverwaltungsgericht, so entscheidet der jetzt sachlich zuständige Senat. Das gilt auch für bereits anhängige Sachen sowie für Beschwerden und Wiederaufnahmeverfahren.
4. Für Streitsachen aus den Gebieten des Prozeß- und Vollstreckungsrechts ist der Senat zuständig, der nach dem Geschäftsverteilungsplan für die Entscheidung über das zugrunde liegende sachliche Rechtsgebiet zuständig ist.
5. Für die im Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vorgesehene Äußerung ist der Senat zuständig, der nach der Geschäftsverteilung im Falle einer Revisionseinlegung zur Entscheidung über die Sache zuständig wäre.
6. Kommen für den in der Revisionsinstanz noch streitigen Teil eines Rechtsstreites entscheidend auch Fragen aus einem Rechtsgebiet in Betracht, für das nicht der Senat, bei dem die Sache anhängig ist und vor den sie nach dem Geschäftsverteilungsplan gehört, sondern ein anderer Senat zuständig ist, so kann, wenn dies aus besonderen Gründen zweckmäßig erscheint, die Sache an diesen Senat mit dessen Zustimmung abgegeben werden.

II. Disziplinarsenate

1. Von allen zur Entscheidung eingehenden Sachen, ausgenommen Wiederaufnahmeverfahren, sind zugewiesen dem I. Disziplinarsenat die Sachen mit ungerader, dem III. Disziplinarsenat die Sachen mit gerader Nummer.

Die Verteilung regelt sich folgendermaßen:

Alle eingehenden Sachen werden in eine nach dem Aktenzeichen (D, DB, DW) unterteilte, jeweils in sich fortlaufend nummerierte „allgemeine Prozeßliste“ in der Reihenfolge des Eingangs eingetragen. Von dieser Liste aus erfolgt die Zuteilung an die einzelnen Senate nach dem oben angegebenen Verteilungsschlüssel. Gehen mehrere Sachen gleichzeitig ein oder ist ein zeitlicher Unterschied des Eingangs nicht feststellbar, erfolgt die Eintragung in alphabetischer Reihenfolge der Familiennamen der Antragsteller, Beschwerdeführer oder Berufungsführer; bei gleichen Familiennamen ist die alphabetische Reihenfolge der Vornamen, bei gleichen Vornamen das höhere Lebensalter für die Reihenfolge der Eintragung maßgebend. Bei Anträgen, Berufungen oder Beschwerden des Bundesdisziplinaranwalts oder einer obersten Dienstbehörde gilt die vorstehende Regelung mit der Maßgabe, daß bei der Eintragung von den Personalien des Betroffenen auszugehen ist. Gehen Sachen ein, die bereits im ersten Rechtszuge als personell oder sachlich zusammenhängend behandelt worden sind, werden sie dem Senat zugeteilt, der die erste dieser Sachen erhält; hierbei ist der Name des von dem Verfahren noch Betroffenen maßgebend, der in der Entscheidung des ersten Rechtszuges zuerst genannt worden ist. Geht eine Sache ein, die jemanden betrifft, gegen den bereits ein Verfahren, gleich welcher Art, anhängig war oder anhängig ist, wird sie dem Senat zugeteilt, der die frühere Sache erhalten hatte. Die Eintragung der zusammenhängenden Sachen in die allgemeine Prozeßliste erfolgt in der Weise, daß sie die jeweils nächsten freien Nummern des betreffenden Senats erhalten. Die allgemeine Prozeßliste wird durch einen Beamten des gehobenen Dienstes geführt.

2. In Wiederaufnahmesachen entscheidet der I. Disziplinarsenat, wenn der II. und III. Disziplinarsenat, der III. Disziplinarsenat, wenn der I. Disziplinarsenat in dem früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat.
3. Übergangsregelung
 - a) Die am 31. Dezember 1970 im bisherigen II. Disziplinarsenat noch schwebenden Sachen gehen ab 1. Januar 1971 auf die beiden anderen Disziplinarsenate in der Weise über, daß der I. Disziplinarsenat die Sachen mit ungerader und der III. Disziplinarsenat die Sachen mit gerader Ordnungsnummer erhalten.
 - b) Soweit in abgeschlossenen Sachen des bisherigen II. Disziplinarsenats noch richterliche Verfügungen erforderlich werden, werden diese unter der Bezeichnung II. Disziplinarsenat vom Vorsitzenden des III. Disziplinarsenats oder seinem Vertreter getroffen.
 - c) Sobald nach förmlicher Auflösung des bisherigen II. Disziplinarsenats der III. Disziplinarsenat die neue Bezeichnung II. Disziplinarsenat erhält, soll es bei der beschlossenen Geschäftsverteilung verbleiben mit der Maßgabe, daß lediglich die Bezeichnung von III. Disziplinarsenat in II. Disziplinarsenat geändert wird.

III. Wehrdienstsenate

1. Es sind zugewiesen
 - a) dem I. Wehrdienstsenat
 - aa) die Verfahren nach der Wehrbeschwerdeordnung (WB-Sachen),
 - bb) die Vorlagesachen gemäß § 28 Abs. 6 und § 30 Wehrdisziplinarordnung (WDB-Vorlagesachen),
 - cc) mit Ausnahme der Wiederaufnahmeverfahren die Verfahren nach der Wehrdisziplinarordnung (WD- und sonstige WDB-Sachen), deren laufende Nummern nach der „allgemeinen Prozeßliste“ durch zehn teilbar sind,
 - b) dem II. Wehrdienstsenat mit Ausnahme der Wiederaufnahmeverfahren die übrigen Verfahren nach der Wehrdisziplinarordnung (WD- und sonstige WDB-Sachen).
2. In Wiederaufnahmeverfahren (WDW-Sachen) entscheidet der I. Wehrdienstsenat, wenn der II. Wehrdienstsenat, der II. Wehrdienstsenat, wenn der I. Wehrdienstsenat

in dem früheren Verfahren eine Entscheidung — gleich welcher Art — getroffen hat. Entscheidungen des Wehrdienstsenats aus der Zeit vor Errichtung des II. Wehrdienstsenats gelten als Entscheidungen des I. Wehrdienstsenats.

3. Für die nach § 82 Abs. 4 des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht vorgesehene Äußerung ist der I. Wehrdienstsenat zuständig.

4. Die Verteilung regelt sich folgendermaßen:

Alle eingehenden Sachen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs von dem geschäftsleitenden Beamten der Wehrdienstsenate in eine Tageseingangsliste eingetragen und mit einer fortlaufenden, jeden Tag mit 1 beginnenden „Kennziffer“ versehen. Gehen Sachen gleichzeitig ein oder ist ein zeitlicher Unterschied des Eingangs nicht feststellbar, bestimmt sich bei diesen Sachen die „Kennziffer“ nach der alphabetischen Reihenfolge der Familiennamen der Antragsteller, Beschwerdeführer oder Beschuldigten; bei gleichen Familiennamen nach der alphabetischen Reihenfolge der Vornamen, bei gleichen Vornamen nach dem höheren Lebensalter. Bei Anträgen, Berufungen oder Beschwerden des Bundeswehrdisziplinaranwalts oder anderer Personen ist von den Personalien des Betroffenen auszugehen. Der geschäftsleitende Beamte hat die Sachen unabhängig von der

Registratur sowie ohne Kenntnis des Registerstandes und des Inhalts der Eingänge zu numerieren.

In der Registratur werden die Sachen nach der Verfahrensart in der Reihenfolge der „Kennziffer“ mit fortlaufender Eingangsnummer in die „allgemeine Prozeßliste“ eingetragen. Von dieser „allgemeinen Prozeßliste“ aus werden die WD- und sonstigen WDB-Sachen nach dem oben angegebenen Verteilungsschlüssel zugeteilt. Gehen Sachen ein, die bereits im ersten Rechtszug verbunden waren, werden sie dem Wehrdienstsenat zugeteilt, der die erste dieser Sachen erhält. Geht eine Sache ein, die jemanden betrifft, gegen den bereits ein Verfahren anhängig war oder anhängig ist, wird sie dem Wehrdienstsenat zugeteilt, der die frühere Sache erhalten hatte. Dies gilt auch, wenn ein neues Verfahren mit einem noch anhängigen oder anhängig gewesenen Verfahren sachlich zusammenhängt. WB- und WDB-Vorlagesachen begründen keinen personellen oder sachlichen Zusammenhang.

Die „allgemeine Prozeßliste“ wird durch den Registraturbeamten der Geschäftsstelle — I. Wehrdienstsenat — geführt.

IV. Großer Senat

(nachrichtlich)

Die Zuständigkeit des Großen Senats ergibt sich aus § 11 der Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).

B. Besetzung

I. Revisionssenate

I. Senat

| | |
|---------------|---|
| Präsident | Dr. Zeidler |
| Bundesrichter | Oppenheimer (in erster Linie II. Senat) |
| Bundesrichter | Dr. Heinrich, zum stellvertretenden Vorsitzenden bestellt |
| Bundesrichter | Dr. Paul |
| Bundesrichter | Dr. Pakuscher |
| Bundesrichter | Dörffler |
| Bundesrichter | Dr. Sommer |

II. Senat

| | |
|-------------------|---------------------------------|
| Senatspräsidentin | Schmitt |
| Bundesrichter | Dr. Otto |
| Bundesrichter | Dr. de Chapeaurouge |
| Bundesrichter | Weber-Lortsch |
| Bundesrichter | Dr. Idel |
| Bundesrichter | Oppenheimer (außerdem I. Senat) |

III. Senat

| | |
|-----------------|-------------------|
| Senatspräsident | Dr. Sieveking |
| Bundesrichter | Vierhaus |
| Bundesrichter | Dr. Dodenhoff |
| Bundesrichter | Türke |
| Bundesrichter | Sigulla |
| Bundesrichter | Dr. Messerschmidt |

IV. Senat

| | |
|-----------------|--|
| Senatspräsident | Prof. Külz |
| Bundesrichter | Klein |
| Bundesrichter | Clauß, zum stellvertretenden Vorsitzenden bestellt |
| Bundesrichter | Isendahl |
| Bundesrichter | Dr. Weyreuther |
| Bundesrichter | Prof. Dr. Sandler |

V. Senat

| | |
|-----------------|--------------|
| Senatspräsident | Prof. Hering |
| Bundesrichter | Dr. Gützkow |
| Bundesrichter | Dr. Rösger |
| Bundesrichter | Dr. Fink |
| Bundesrichter | Rochlitz |
| Bundesrichter | Dr. Schwarz |

VI. Senat

| | |
|-----------------|-----------------|
| Senatspräsident | Prof. Dr. Fürst |
| Bundesrichter | Kellner |
| Bundesrichter | Dr. Waitz |
| Bundesrichter | Dr. Becker |
| Bundesrichter | Dr. Nehlert |
| Bundesrichter | Niedermaier |

VII. Senat

| | |
|-----------------|--------------|
| Senatspräsident | Witten |
| Bundesrichter | Dr. Zinser |
| Bundesrichter | Dr. Zehner |
| Bundesrichter | Fischer |
| Bundesrichter | Dr. Heddaeus |
| Bundesrichter | Klamroth |

VIII. Senat

| | |
|-----------------|-------------------|
| Senatspräsident | Dr. Baring |
| Bundesrichter | Dr. Dr. Schröcker |
| Bundesrichter | Niesert |
| Bundesrichter | Maetzel |
| Bundesrichter | Dr. Raschke |
| Bundesrichter | Dr. Korbmacher |
| Bundesrichterin | Dr. Hopf |

II. Disziplinarsenate

1. Richter

I. Disziplinarsenat

| | |
|---------------|--|
| Vorsitzender: | Senatspräsident Dr. Dickertmann |
| 1. Beisitzer: | Bundesrichter Amelung |
| 2. Beisitzer: | Bundesrichter Dr. Hardraht (auch zeitweiliges Mitglied der Wehrdienstsenate) |

III. Disziplinarsenat

| | |
|---------------|---|
| Vorsitzender: | Senatspräsident Dr. Niemeyer |
| 1. Beisitzer: | Bundesrichter Dr. Röhrmann |
| 2. Beisitzer: | Bundesrichter Lange (auch zeitweiliges Mitglied der Wehrdienstsenate) |
| 3. Beisitzer: | Bundesrichter Arndt |

2. Beamtenbeisitzer

Die Beamtenbeisitzer der Disziplinarsenate werden nach Maßgabe der §§ 49, 50, 55 BDO an Hand der im Auslosungsverfahren bei den Senaten gebildeten Jahreslisten berufen.

Für die ab 1. Mai 1957 eingeleiteten förmlichen Disziplinarverfahren gegen Beamte und Ruhestandsbeamte aus dem Dienstbereich der Landespostdirektion Berlin, der Zoll- und Verbrauchssteuerverwaltung einschließlich der Monopolverwaltung für Branntwein und des Devisenüberwachungsdienstes sowie der Sondervermögens- und Bauverwaltung der Oberfinanzdirektion Berlin (§ 1 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der in den einzelnen Verwaltungszweigen des Landes Berlin beschäftigten Personen vom 26. April 1957 — Bundesgesetzbl. I S. 397 —, geändert durch Gesetz vom 20. Juli 1967 — Bundesgesetzbl. I S. 725, 744 —) wird im Auslosungsverfahren eine gemeinsame Beisitzerliste gebildet und beim I. Disziplinarsenat geführt; aus ihr ziehen die Disziplinarsenate in der Reihenfolge ihres Bedarfs die Beamtenbeisitzer nach Maßgabe der in Absatz 1 genannten Gesetzesvorschriften heran.

III. Wehrdienstsenate

1. Richter

- I. Wehrdienstsenat: Senatspräsident Scherübl
Bundesrichter Mühlenfeld
Bundesrichter Dr. Schweiger
Bundesrichter Saalmann
- II. Wehrdienstsenat: Senatspräsident Dr. Scherer
Bundesrichter Dr. Leußer
Bundesrichter Lippold
Bundesrichter Dr. Glöckner

2. Militärische Beisitzer

Die militärischen Beisitzer der Wehrdienstsenate werden nach Maßgabe der §§ 58 und 54 Wehrdisziplinarordnung berufen.

IV. Großer Senat

Mitglieder

| | |
|---------------|-------------------|
| Präsident | Dr. Zeidler |
| Bundesrichter | Amelung |
| Bundesrichter | Dr. Gützkow |
| Bundesrichter | Prof. Dr. Sendler |
| Bundesrichter | Dr. Heddaeus |
| Bundesrichter | Dr. Korbmacher |
| Bundesrichter | Dörffler |

Vertreter

| | |
|----------------------------|----------------|
| Vertreter des Vorsitzenden | |
| der jeweilige allgemeine | |
| Vertreter des Präsidenten | |
| Bundesrichter | Dr. Becker |
| Bundesrichter | Weber-Lortsch |
| Bundesrichter | Arndt |
| Bundesrichter | Mühlenfeld |
| Bundesrichter | Türke |
| Bundesrichter | Dr. Weyreuther |

V. Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes

I. Mitglieder kraft Amtes:

1. der Präsident des Bundesverwaltungsgerichts,
Dr. Zeidler
2. die Präsidenten der beteiligten Senate des Bundesverwaltungsgerichts.

Bei Verhinderung des Präsidenten tritt sein Vertreter im Großen Senat,

bei Verhinderung des Präsidenten eines beteiligten Senats sein Vertreter im Vorsitz an seine Stelle.

II. Mitglieder durch Entsendung:

| Senat | Mitglied | 1. Vertreter | 2. Vertreter |
|--------------|-------------------|----------------|---------------|
| | Bundesrichter | Bundesrichter | Bundesrichter |
| I. R | Dr. Heinrich | Dr. Paul | Dörffler |
| II. R | Oppenheimer | Weber-Lortsch | Dr. Idel |
| III. R | Vierhaus | Dr. Dodenhoff | Türke |
| IV. R | Clauß | Dr. Weyreuther | Isendahl |
| V. R | Dr. Gützkow | Dr. Rösigen | Dr. Fink |
| VI. R | Kellner | Dr. Waitz | Dr. Becker |
| VII. R | Dr. Zinser | Dr. Zehner | Fischer |
| VIII. R | Dr. Korbmacher | Maetzel | Dr. Hopf |
| I. D | Amelung | Dr. Hardraht | |
| III. D | Lange | Arndt | |
| I. WD | Mühlenfeld | Dr. Schweiger | Saalmann |
| II. WD | Dr. Leußer | Dr. Glöckner | |
| Großer Senat | Prof. Dr. Sendler | Dörffler | Dr. Heddaeus |

C. Vertretung

I. Zugehörigkeit zu mehreren Senaten

Die Tätigkeit im Gemeinsamen Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes geht der Tätigkeit am Bundesverwaltungsgericht, die Tätigkeit im Großen Senat jeder sonstigen Tätigkeit vor.

II. Vertretung der Vorsitzenden

Die Vorsitzenden der Senate werden, soweit das Präsidium nichts anderes bestimmt hat, durch das jeweils anwesende dienstälteste, bei gleichem Dienstalter lebensälteste Mitglied des Senats vertreten.

III. Vertretung der Beisitzer

Die beisitzenden Richter vertreten sich innerhalb der Senate gemäß der nach § 10 Abs. 4 i. V. m. § 8 Abs. 2 VwGO zu treffenden Anordnung. Im übrigen vertreten, beginnend mit dem dienstjüngsten Beisitzer:

1. bei den Revisionssenaten sich gegenseitig
die Beisitzer des I. und IV. Senats (ausgenommen BR Oppenheimer, BR Dr. Pakuscher als Präsidialreferent, und BR Dr. Sommer, soweit er durch die Vertretung des Präsidialreferenten verhindert ist)

die Beisitzer des II. und VI. Senats

die Beisitzer des III. und V. Senats

die Beisitzer des VII. und VIII. Senats

2. bei den Disziplinarsenaten

die Beisitzer des I. und III. Disziplinarsenats sich gegenseitig.

3. die Beisitzer des I. und II. Wehrdienstsenats sich gegenseitig.

Die Vertretung der beisitzenden Richter von Senat zu Senat beginnt am 2. Januar 1971 mit dem dienstjüngsten Beisitzer und setzt sich in der Reihenfolge des Dienstalters fort. Ist der hiernach berufene Vertreter verhindert, so tritt der nächste an seine Stelle. Der Verhinderte hat die Vertretung beim nächsten Vertretungsfall nicht nachzuholen.

Bei den Disziplinarsenaten vertreten sich die Beisitzer des I. und III. Disziplinarsenats gegenseitig.

Für den Fall der Verhinderung der Mitglieder der Wehrdienstsenate und ihrer regelmäßigen Vertreter (§ 58 Abs. 3 Satz 5 Wehrdisziplinarordnung) sind die Bundesrichter Dr. Hardraht und Lange zu zeitweiligen Mitgliedern der Wehrdienstsenate bestellt. Sie vertreten die verhinderten Mitglieder der Wehrdienstsenate in der angegebenen Reihenfolge nach der Folge der Verhinderungsfälle jeweils

längstens für die Dauer einer Sitzungsperiode. Ist der hier-
nach berufene Vertreter verhindert, so tritt der nächste mit
der Maßgabe an seine Stelle, daß der Verhinderte dessen
nächsten Vertretungsfall übernimmt.

4. Weiter erforderliche Vertretungen regelt der Präsident des
Bundesverwaltungsgerichts.
5. Wird eine Vertretung unter den Senaten erforderlich, so
wird der Vertreter auf Anforderung des Vorsitzenden des
eine Vertretung benötigenden Senats vom Vorsitzenden des
vertretenden Senats nach Maßgabe des Geschäftsverteilungs-

plans benannt. Die Feststellung der richtigen Besetzung des
aufnehmenden Senats bleibt durch diese Regelung unbe-
rührt.

IV. Vertretung im Großen Senat

Bei Verhinderung des Vorsitzenden tritt dessen Vertreter
ein. Die stellvertretenden Mitglieder werden nach der Reihen-
folge ihres Dienstalters zur Vertretung herangezogen. Das
dienstjüngste Mitglied hat den ersten Vertretungsfall, das im
Dienstalter folgende Mitglied den nächsten Vertretungsfall
usw. wahrzunehmen.